**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 185 (2019)

**Heft:** 10

**Artikel:** Eine sicherheitspolitische Analyse des Verhältnisses von Saudi-Arabien

zum Iran

Autor: Goertz, Stefan

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-862734

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Eine sicherheitspolitische Analyse des Verhältnisses von Saudi-Arabien zum Iran

Mit den mysteriösen Angriffen auf zwei Tanker im Golf von Oman hat der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran einen neuen Höhepunkt erreicht, sogar militärische Mittel scheinen eine Option darzustellen und die USA, ein traditionell enger Verbündeter Saudi-Arabiens, wollen eintausend weitere Soldaten in die Region entsenden.

#### Stefan Goertz

Nach den USA und Grossbritannien reihte sich auch Saudi-Arabien in die Reihe der Länder ein, die den Iran als Verantwortlichen für die Angriffe auf den Öltanker Front Altair und den Chemikalientanker Kokuka Courageous sehen. So holte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman Mitte Juni 2019 zum verbalen Schlag gegen den Iran aus und forderte von der internationalen Gemeinschaft eine «entschlossene Haltung».1 Der Iran jedoch wies jede Verantwortung zurück. Saudi-Arabien wolle keinen Krieg, erklärte der saudische Thronfolger, betonte jedoch zugleich «Wir werden nicht zögern, jeder Bedrohung für unser Volk, unsere Souveränität und unsere lebenswichtigen Interessen zu begegnen.» Der Iran sei dasjenige Land, das die Lage in der Region «eskaliere und terroristische Angriffe» verübe, direkt und durch ihm treue Milizen. «Das zeigt deutlich den Kurs des iranischen Regimes und seine Absichten, die auf die Sicherheit und Stabilität der Region abzielen.»2

Neben der religiösen Komponente des Konflikts zwischen Saudi-Arabien als einflussreichstem sunnitischen Land und dem Iran als einflussreichstem schiitischen Land – die Spaltung der beiden grössten Strömungen des Islams geht auf die Frühzeit des Islams zurück - geht es um politische Macht, aber auch um die Kontrolle von Ressourcen und Handelswegen<sup>3</sup>. Saudi-Arabien betrachtet sich in den letzten Jahren zunehmend von Akteuren herausgefordert, die mit der iranischen Führung verbunden sind. So sichert sich der persische Iran über lokale schiitische Milizen wie beispielsweise die Hisbollah und andere grossen Einfluss in arabischen Ländern wie dem Libanon, Syrien und dem Irak.4

#### Historische Hintergründe des Konflikts

Als im Jahr 1979 die systemkritischen Massen im schiitischen Iran auf die Strasse gingen, erreichten die politischen Erschütterungen auch das etwa 1300 Kilometer entfernte Königshaus des sunnitischen Saudi-Arabien. In der iranischen

Hauptstadt Teheran stürzte ein Aufstand unter Führung schiitischer Geistlicher im Januar 1979 die Herrschaft des Schahs.5 Ajatollah Ruhollah Chomeini propagierte dann das Ziel, die «islamische Revolution» in andere Länder zu tragen, was das saudische Königshaus als Bedrohung seiner eigenen Herrschaft verstand. Diese Bedrohung wuchs noch weiter, als Ende 1979 Islamisten die Grosse Moschee von Mekka tagelang besetzten, den heiligsten Ort aller gläubigen Muslime.6 Für die Islamische Republik Iran ist die Feindschaft zu den Vereinigten Staaten - dem wichtigen Verbündeten Saudi-Arabiens - unverzichtbarer Bestandteil ihres Gründungsmythos und deshalb Staatsräson. Deshalb wollen die USA und Saudi-Arabien unbedingt den Bau einer iranischen Atombombe verhindern.

#### Aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen

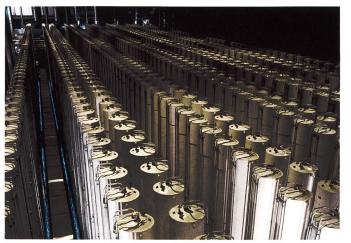
Als sich im saudi-arabischen Nachbarland Bahrain im Jahr 2011 die schiitische Mehrheit gegen die dortige sunnitische Führung erhob, bewertete Saudi-Ara-

Bild: Wikimedia

Der Öltanker Front Altair nach dem Angriff am 14.06.2019.



Iranische Gaszentrifugen.





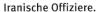


Bild: Wikimedia



Saudi-Arabische Kriegsschiffe.

Bild: Wikimedia

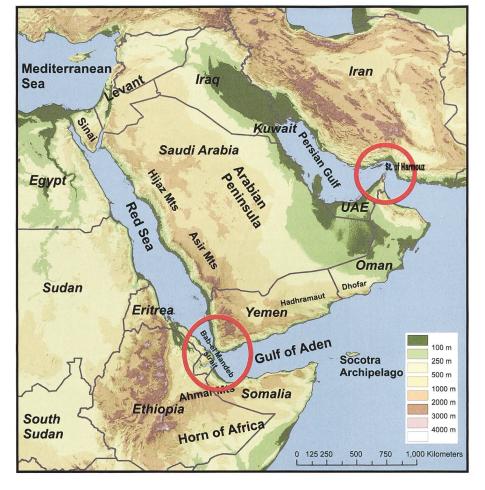
bien dies als Intervention des Iran und entsandte Truppen, um die schiitischen Proteste niederzuschlagen. Saudi-Arabien wollte und will vermeiden, dass schiitische Unruhen auf die eigene schiitische Minderheit im Osten Saudi-Arabien, wo grosse saudische Ölvorräte liegen, übergreifen.<sup>7</sup>

Ein zweiter regionaler Stellvertreter-Konflikt spielt sich im Bürgerkrieg im benachbarten Jemen ab. Die jemenitischen, schiitischen Huthi-Rebellen, die einen wichtigen Teil des Jemen kontrollieren, greifen immer wieder Saudi-Arabien mit Raketen und Drohnen an und zielen dabei auch auf die wichtige Infrastruktur ab, die Saudi-Arabien für den Export von Ölbenötigt.

Dass vom Jemen aus andere Staaten mit unbemannten Flugzeugen angegriffen werden, ist ein relativ neues Phänomen. So schätzt Khaled al-Yamani, der Aussenminister der jemenitischen Regie-

rung, dass ein Drohnenangriff die Huthis nicht mehr als 45 US-Dollar koste.8 Die jemenitischen Huthi-Rebellen können Saudi-Arabien und seinen Verbündeten auch in Zukunft erheblichen Schaden zufügen, weil direkt vor Jemens Küste das Bab al-Mandab liegt, die Meeresstrasse, die das Rote Meer mit dem Indischen Ozean verbindet. Jedes Schiff, das auf dem Weg von Europa nach Asien den Suezkanal durchquert, muss auch hier durch. Daher ist das Bab al-Mandab für den Welthandel ähnlich bedeutend wie die Strasse von Hormus, in der in den vergangenen Wochen mehrere Tanker angegriffen wurden und die USA und Saudi-Arabien den Iran für die Angriffe verantwortlich machen. Im Jahr 2018 hatten die jemenitischen Huthi-Rebellen zwei saudi-arabische Öltanker am Bab al-Mandab beschossen und beschädigt, woraufhin das saudische Königshaus für mehrere Tage sämtliche Öltransporte durch die Meerenge stoppte.9 Eskalierend wirkt die saudi-arabische Militärintervention, vom jungen Kronprinzen Mohammed bin Salman angeordnet, in Jemen. Dabei werfen Kritiker dem Königshaus vor, erst diese habe die Kooperation zwischen Huthi-Rebellen und der Führung des Iran gefestigt. Der Jemen liegt sowohl an der Grenze Saudi-Arabiens als auch an einem strategisch wichtigen Ort im Süden der Arabischen Halbinsel. Wie der Golf von Oman zählen die Seewege vor der jemenitischen Küste zu den wichtigsten Routen der internationalen Schifffahrt und Saudi-Arabien exportiert über diese sein Öl. Neben den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), die mehrere Häfen in der Region kontrollieren, streben auch die Türkei, Katar und andere Länder nach Einfluss auf die Seewege.10 Ein gleichzeitige

Die Strassen von Bab al-Mandab und
Hormus. Bild: WordPress.com



Blockade der Strasse von Hormus und des Bab al-Mandab wäre für Saudi-Arabien und seine Verbündeten eine Horrorvision.

### Das Ende des Atomabkommens?

Der Iran erklärte Anfang Juli 2019, dass er die Urananreicherung über die vertragliche Höchstgrenze von 3,67 Prozent hinaus hochfahren werde. Das bedeutet, dass der Iran Uran höher anreichern wird, als für die Erzeugung von atomstrom notwendig wäre. Der iranische Vize-Aussenminister Abbas Araghschi drohte Anfang Juli zudem mit der Aufgabe weiterer Verpflichtungen aus dem Atomabkommen «in 60 Tagen». 11 Wenn Uran zu 20 Prozent angereichert ist, dann sind damit laut Experten ca. 90 Prozent des Weges zur Entwicklung von atomwaffenfähigem Material zurückgelegt. Der für Atombomben benötigte Anreicherungsgrad liegt bei ca. 90 Prozent, wobei aus technischen Gründen die ersten Schritte dorthin deutlich schwieriger sind. Zwar behauptete die iranische Regierung in der Vergangenheit wiederholt, auf 20 Prozent angereichertes Uran für den Betrieb eines Forschungsreaktors zu benötigen. Doch Dokumente, die der Atomenergiebehörde IAEA vorliegen, wie auch das von Israel im Iran entwendete Atomarchiv belegen, dass Teheran an Atomwaffen gearbeitet hat und dabei relativ weit fortgeschritten war, als das Programm gestoppt wurde.12 Wie schnell und wie weit der Iran auf dem Weg zur Atombombe vorankommt, hängt auch von der Anzahl der Zentrifugen ab, die eingesetzt werden. In jedem Fall bedeuten die aktuellen Ankündigungen der iranischen Regierung, dass der Iran die Zeit verkürzt, bis er fähig ist, eine Atombombe zu bauen, was nach wissenschaftlichen Schätzungen noch etwa ein Jahr dauern wird (Juli 2020). Eine Verletzung des Atomabkommens bedeutet noch nicht sein Ende, da das Abkommen einen Prozess zur Streitschlichtung vorsieht. So kann jeder der sechs ausser dem Iran beteiligten Staaten - die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder USA, Russland, China, Grossbritannien, Frankreich und dazu Deutschland – iranische Verstösse gegen das Abkommen an eine gemeinsame Kommission melden.13

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hält das Atomabkommen für nicht geeignet, den Iran am Bau einer Atombombe zu hindern. So rief er Anfang Juli die europäischen Vertragspartner des Atomabkommens dazu auf, ihre Haltung zu ändern: «Die Europäer haben versprochen, in dem Moment zu handeln, in dem der Iran gegen das Atomabkommen verstösst. Sie haben versprochen, dass sie automatisch Sanktionen verhängen würden», so der Premierminister. «Tut es einfach!», sagte Netanjahu. Dazu betonte der israelische Ministerpräsident, dass Israel den Bau einer iranischen Atombombe um jeden Preis verhindern werde. 14

#### **Fazit**

Der Konflikt zwischen dem Iran, Saudi-Arabien, den europäischen Vertragsstaaten des Atomabkommens und der USA spitzt sich seit Wochen zu. Der saudische König lud im Juni 2019 Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC), der Arabischen Liga sowie die Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) zu einer Konferenz ein, um über Irans «Aggressionen» zu sprechen. Der seit Jahren andauernde Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien verschärfte sich in den letzten Wochen zusehends und könnte sich zukünftig weiter zuspitzen.

- 1 https://www.handelsblatt.com/politik/international/tanker-explosionen-werden-nicht-zoegern-jeder-bedrohung-zu-begegnen-saudi-arabiens-kronprinz-warnt-iran/24460880.html?ticket=ST-3234246-NEIBKfciNfeETmatbzdT-ap4 (31.7.2019).
- 2 Ebd.
- 3 https://www.welt.de/newsticker/dpa\_nt/afxline/ topthemen/hintergruende/article195866147/ Erzrivalen-Warum-Saudi-Arabien-und-der-Iranverfeindet-sind.html (31.7.2019).
- 4-7 Ebd
- 8 https://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-konflikt-eskaliert-und-der-jemen-krieg-gleich-mit-a-1272876.html (31.7.2019).
- 9 Fbd
- 10 https://www.welt.de/newsticker/dpa\_nt/afxline/ topthemen/hintergruende/article195866147/ Erzrivalen-Warum-Saudi-Arabien-und-der-Iranverfeindet-sind.html (31.7.2019).
- 11 https://www.welt.de/politik/ausland/article196 461131/Iran-will-mehr-Uran-anreichern-Was-Sie-jetzt-wissen-sollten.html (1.8.2019).
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.



Major d.R. Stefan Goertz Dr. rer. pol., Dipl. Politologe Hochschule des Bundes Bundespolizei 23562 Lübeck

#### Aus dem Bundeshaus

Im Mai vertagte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) die Zivildienstgesetz-Revision (19.020), um ein Anliegen der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und



Feuerwehr (RK MZF) zu prüfen, den Zivilschutz und den Zivildienst zusammenzulegen. Am 16. August befürwortete sie die Prüfung des Anliegens, jedoch getrennt von der Revision, die sie mit zehn zu zwei Stimmen befürwortete. Bei der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (18.085) brachte sie drei Änderungsanträge an. Die Idee, den Zivildienst als Partnerdienst des Bevölkerungsschutzes aufzuführen, lehnte die SiK-SR mehrheitlich ab, ebenso das in der Totalrevision vorgeschlagene Durchdienermodell für den Zivilschutz. Mit Ausnahme der Beschaffung der 8,1cm-Mörser war die Armeebotschaft (19.022) unhestritten.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) verabschiedete am 27. August eine Motion, mit der sie den Bundesrat beauftragt, dass seine Verwaltung das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) in dem Sinn interpretiert, in dem es erlassen wurde. Anlass der Motion war, dass die Politische Direktion des EDA der Pilatus Flugzeugwerke AG Dienstleistungen in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten verbot, wohin Pilatus vom SECO bereits geprüfte Produkte geliefert hatte. Beim Informationssicherheitsgesetz (17.028) nahm die SiK-NR die Detailberatungen auf, die im 4. Quartal 2019 fortgesetzt werden.

Am 2. September befürwortete die SiK-SR beim Bundesbeschluss zur Kampflugzeugbeschaffung (19.039) den Finanzrahmen von sechs Milliarden. Sie will die Beschaffung im Ausland aber vollständig in der Schweiz kompensieren, wohingegen der Bundesrat nur 60% Offsets veranschlagen wollte. Beide SiK wurden im August zu den strategischen Zielen für die RUAG konsultiert.

Dr. Fritz Kälin FachOf Stab MND



Ihre Stimme für Sicherheit und Stabilität.





2 x auf

**Ihre Liste** 

## Jacqueline Hofer

- Unternehmerin seit 1994 (Immobilientreuhand)
- ► Kantonsrätin seit 2011
- ► Stadträtin der Stadt Dübendorf
- ► Verwaltungsrätin Spital Uster
- Kommission Justiz und öffentliche Sicherheit
- ▶ Gemeinderatspräsidentin 2015/2016
- Vorstand KGV Zürich, KGV-Spitzenkandidatin
- ► HEV Uster / Dübendorf & Umgebung

www.jhofer.ch

In den Ständerat: Roger Köppel







